

## **Dringlichkeitsanfrage**

### **des Abgeordneten Schaft (Die Linke)**

#### **Schutz parlamentarischer Beobachterinnen und Beobachter und der parlamentarischen Beobachtung auf Demonstrationen**

Bundesweit sind insbesondere bei großen Versammlungen Abgeordnete verschiedener Parlamente als parlamentarische Beobachterinnen und Beobachter anwesend, um polizeiliches Handeln, versammlungsbehördliche Maßnahmen und den Umgang mit Versammlungsteilnehmerinnen und Versammlungsteilnehmern vor Ort wahrzunehmen, zu dokumentieren und parlamentarisch auswertbar zu machen. Damit nehmen sie eine aus dem freien Mandat und der parlamentarischen Kontrollfunktion folgende Beobachtungs- und Informationsfunktion gegenüber der Exekutive wahr. Auch beim Protestgeschehen anlässlich des Bundesparteitags der extrem rechten AfD Anfang Juli in der Landeshauptstadt Erfurt ist mit einer Begleitung durch parlamentarische Beobachterinnen und Beobachter zu rechnen. Gerade bei einem länderübergreifenden Großeinsatz mit Polizeikräften aus Thüringen und anderen Ländern ist von besonderer Bedeutung, dass diese Funktion ermöglicht wird und nur aus konkreten Gründen beschränkt werden darf.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Vorgaben, Richtlinien oder Erfahrungswerte bestehen in Thüringen für den Umgang mit parlamentarischen Beobachterinnen und Beobachtern bei Versammlungen und polizeilichen Großeinsätzen einschließlich Protesten, insbesondere, um deren freie Mandatsausübung und parlamentarische Kontrollfunktion vor Ort zu wahren, sowie verlässliche Kommunikationswege zur Einsatzleitung sicherzustellen?
2. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um parlamentarische Beobachtung im Umfeld des AfD-Bundesparteitags in der Landeshauptstadt Erfurt tatsächlich zu ermöglichen, insbesondere bei Absperrungen, Auflagen, Räumungen, Einkesselungen, Freiheitsbeschränkungen, Identitätsfeststellungen oder sonstigen polizeilichen Maßnahmen gegenüber Versammlungsteilnehmerinnen und Versammlungsteilnehmern?
3. Welche Vorgaben oder Empfehlungen zum Umgang mit parlamentarischen Beobachterinnen und Beobachtern werden den im Juli 2026 eingesetzten Polizistinnen und Polizisten aus Thüringen und anderen Ländern vermittelt, auch um die parlamentarische Kontroll- und Beobachtungsfunktion vor Ort zu respektieren und zu ermöglichen?

Schaft